

FINANZEN: Gemeinderat bessert nach Rüge des baden-württembergischen Steuerzahlerbundes bei Neuverschuldung nach

Haushalt trotz Kritik beschlossen

Von unserem Redaktionsmitglied Michaela Roßner

Trotz aller Kritik: Mit großer Mehrheit hat der Heidelberger Gemeinderat gestern Abend den Haushalt für 2013/2014 verabschiedet. Allerdings einigten sich die Fraktionen darauf, die Neuverschuldung um jeweils rund neun Millionen Euro auf unter 20 Millionen Euro pro Jahr zu drücken. Um das zu erreichen, wurden Investitionsmaßnahmen wie die Sickingerbrücke um zwei Jahre verschoben. Auch der Plan, einkommensschwachen Familien neben dem letzten und vorletzten Jahr das erste Kita-Jahr kostenlos anzubieten, wurde nicht realisiert.

"Standards übererfüllt"

Der Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg hatte dem Gemeinderat geraten, den Haushalt abzulehnen. In den beiden Jahren sei geplant, 67 Millionen Euro zur Finanzierung der Investitionen an Krediten aufzunehmen. Die Verschuldung der Kernhaushalte steige so bis 2014 auf 245 Millionen Euro. "Das ist kein seriöser Haushaltsplanentwurf", mahnte der Steuerzahlerbund. Zumal der städtische Eigenbetrieb zu Jahresbeginn bereits mehr als 70 Millionen Euro Schulden aufwies. Außerdem würden "Standards übererfüllt", verwies der Steuerzahlerbund zum Beispiel auf die Kosten der Ganztagsbetreuung von Drei- bis Sechsjährigen. Die Stadt leiste sich einen Kulturretat von 40 Millionen Euro und liege damit bei den mittelgroßen Städten im Pro-Kopf-Vergleich an der Spitze.

In "sehr intensiven Gesprächen" habe man sich in den vergangenen Wochen auf "eine Reihe von Änderungen des Haushaltsplans geeinigt", zeigte sich Oberbürgermeister Eckart Würzner äußerlich unbeeindruckt von der Rüge. Man habe "hervorragende Kompromisse" gefunden, ergänzte er vor der Sitzung gegenüber Medienvertretern. Heidelberg müsse höhere Kulturansprüche erfüllen und wolle auch bei der Kinderbetreuung an der Spitze bleiben.

"Der Oberbürgermeister hat einen Haushaltsplan vorgelegt, der alle vom Gemeinderat verabschiedeten Maßnahmen beinhaltet - und das ist seine Pflicht", nahm Dr. Jan Gradel (CDU) der Kritik aus Stuttgart den Wind aus den Segeln. Allen sei dennoch klar gewesen, dass die Entwicklung des Investitionsvolumens nicht im gleichen Tempo weitergehen könne. Die im November bekanntgewordene Steuerschätzung mit positiver Tendenz werde weiter Druck aus den Finanzen nehmen. Trotzdem habe man sich darauf verständigt, dass alle beeinflussbaren Ausgaben generell um zwei Prozent gekürzt werden. "Die Kritik des Steuerzahlerbundes bezieht sich auf längst überholte Daten", kritisierte auch Dr. Annette Trabold (FDP). Die Forderung nach einer rigorosen Ausgabenreduzierung von nun sieben Millionen Euro für beide Jahre sei schließlich "schon von der Verwaltung selbst, unmittelbar nach Einbringung des Haushaltsplans" angeregt worden. "Wir sind im kulturellen Bereich bestens ausgestattet und sollten uns mehr auf den sozialen konzentrieren," meinte Wolfgang Lachenauer (Heidelberger). Bei Investitionen müsse man auf die Bremse treten. Zum 1,5 Millionen Euro teuren "Kultur-Paket" enthielt sich die Fraktion. Mit vier Enthaltungen wurde das Paket aber mit großer Mehrheit angenommen.

Dieses sichert unter anderem dem Deutsch-Amerikanischen Institut (DAI) eine Zuschusserhöhung von 150 000 Euro pro Jahr zu. 150 000 Euro bekommt das Unterwegstheater in den kommenden beiden Jahren. Gekürzt wird dagegen der Investitionszuschuss für den Zoo (250 000 Euro) und Modernisierungen der Hellpach- und Julius-Sprenger-Schule, die zusammen rund 800 000 Euro gekostet hätten, werden auf 2015 verschoben.

"Wir können in Zukunft institutionelle Zuschüsse nur in Ausnahmefällen gewähren", riet Dr. Ursula Lorenz Organisationen und Projekten, das in Zukunft zu beachten, wenn neue Angebote geplant werden. "Wir geben

mehr aus als wir einnehmen", merkte Judith Markgraf (GAL) an. Die nun eingebrachten Sparmaßnahmen seien der richtige Weg. Gegen "Wellnessmaßnahmen" und "Luxuskulturprojekte" wie die neue Kongresshalle wandte sich Hildegard Stolz von der Bunten Linken. Dr. Arnulff Weiler-Lorentz (L/Li) schlug - unter Berücksichtigung der getroffenen Einsparungen - noch einmal in die Kerbe, die die Mitteilung des Steuerzahlerbundes vergangene Woche geschlagen hatte: "In den vergangenen 40 Jahren hat es noch nie eine Neuverschuldung gegeben, die an den Wert von 20 Millionen Euro gereicht hätte."

© Mannheimer Morgen, Mittwoch, 19.12.2012